

aus Deutschland



Stipendien-Aufenthalt in Peru

05. Januar bis 04. April 2003

Peru wird dezentralisiert Wie ein kranker Staat sich selbst heilen will

Von Achim Reinke

Peru vom 05.01. – 04.04.2003



Inhalt

1. Zur Person	332
2. Wie ein kranker Staat sich selber heilen will	332
3. Der Mentor des Präsidenten: „Das Kapital hat kein Herz“	332
4. Der Slumbewohner: „Die Provinz ist zum Sterben da“	337
5. Provinzfürsten auf Raubzug	340
6. Der Bürgermeister: „Straßen sind Entwicklung“	341
7. Alles in Peru ist Geschichte	348
8. Der Regionalpräsident: „Der Esel wird schon laufen“	349
9. 1:0 für Lima	352
10. Die Bauernfunktionärin: „Der Zentralismus muss stürzen, nieder mit Toledo“	354
11. Der Experte: „Macht Dezentralisierung satt?“	357

1. Zur Person

Achim Reinke, Jahrgang 1968, verdankt es Erich von Dänikens Berichten über die Landung Außerirdischer in der Wüste von Nazca, dass sein Interesse für Peru schon als Elfjähriger geweckt wurde. Begeisterte sich später für den „Kommunalen Finanzausgleich“ und „Veredelte Schlüsselzuweisungen“; konsequenterweise Studium der Verwaltungswissenschaften mit Stationen in Konstanz, Potsdam und Granada. Acht Monate in Costa Rica beratend für Städte und Gemeinden tätig. Aus Mangel an missionarischem Eifer Wechsel in den Journalismus: Freier Mitarbeiter der „Neuen Westfälischen“, Volontär der „Kölnischen Rundschau“, Redakteur der „Bergischen Landeszeitung“. Das Stipendium der Heinz-Kühn-Stiftung hat ihm die Augen dafür geöffnet, dass „die Geschichten immer erst hinter der Grenze anfangen, die man eigentlich nicht überschreiten will“ (Helge Timmerberg).

2. Wie ein kranker Staat sich selbst heilen will

Als Alejandro Toledo am 28. Juli 2001 als neuer Staatspräsident vereidigt wurde, stand Peru nach elf Jahren Quasi-Diktatur seines Vorgängers Alberto Fujimori vor einem demokratischen Neubeginn. Tragende Säule des Wiederaufbaus, das hatte Toledo im Wahlkampf versprochen, sollte die Dezentralisierung des südamerikanischen Landes sein. Das Ziel: Ein bürgernaher und effizienter Staat. Der Startschuss zu der Reform fiel mit den Kommunal- und Regionalwahlen am 17. November 2002. Erstmals stehen seitdem Regionalpräsidenten an der Spitze der 24 Departements. Doch damit haben die Schwierigkeiten erst begonnen. Jetzt steht der Kampf um Macht und Pfründe zwischen Kommunen, Regionen und Zentralstaat bevor.

3. Der Mentor des Präsidenten: „Das Kapital hat kein Herz“

Es bedarf schon dieser Boeing 767, die sich gerade mit infernalischem Lärm in Limas trüben Himmel schraubt, um Perus „prophetische Stimme“ zum Verstummen zu bringen.

Zumindest kurz muss Monseñor Luis Bambarén Gastelumendi da seinen Gedanken zur „ungerechten Verteilung des Reichtums“ unterbrechen, den er durch Anmerkungen zur „strukturellen Abhängigkeit der Entwicklungsländer“ und zum „zerstörerischen Geist des Kapitalismus“ so vehement ein-

geleitet hatte. Sichtlich verärgert über das Spektakel am Himmel stochert der 75-Jährige jetzt in seinem Reis und sieht dabei ein bisschen so aus, als suche er dort die Antwort auf die Frage des Reporters, was er von der geplanten Dezentralisierung Perus hält.

„Das internationale Kapital“, fährt der Geistliche schließlich ungeduldig fort, „hat kein Herz – nur Geldtaschen. In meinem Land leben 13 Millionen Menschen, die weniger als einen Dollar pro Tag zur Verfügung habe. Ich kenne Ehemänner, die ihre Frauen auf die Straße schicken, um deren Körper zu verkaufen, damit die Kinder etwas zu essen haben. Währenddessen geben die Reichen und Mächtigen in den Luxusrestaurants von Lima nicht selten 350 Dollar für ein einziges Abendessen aus. Wie lange wollen wir es uns noch erlauben, dieses Unrecht zu ignorieren?“

Ist das tatsächlich der Bischof von Chimbote, oder bin ich versehentlich an den Tisch der Globalisierungsgegner von „Attac“, Ortsgruppe Lima, geraten? Hinge da nicht das Kreuz über der schwarzen Soutane, ich wäre verwirrt. Natürlich hatte ich gelesen, dass die Peruaner Luis Bambarén wegen seines unerschütterlichen Kampfes für die Armen respektvoll die „prophetische Stimme“ nennen. Trotzdem erstaunt mich die Radikalität, mit der er das Unrecht und die dafür Verantwortlichen benennt.

Seit das Militärregime ihn 1971 für sechs Wochen ins Gefängnis steckte, weil die Generäle es leid waren, dass der aufmüpfige Jesuit mit der kräftigen Gestalt wieder und wieder seine Stimme für die Armen in den Slums von Lima erhob, ist der 75-Jährige zum ethischen Wegweiser für viele Peruaner geworden. Im Land der großen Versprechen und enttäuschten Hoffnungen steht die „Ein-Mann-Lobby der Armen“ für vergessene Werte wie Moral, Anstand und Verlässlichkeit. Machthaber kamen und gingen, Bambarén blieb und nervte sie.

Etwa den linkspopulistischen Präsidenten Alan Garcia (1985-1990), dem er 1988 vorhielt, das Land mit einer verantwortungslosen Wirtschaftspolitik in den Ruin zu treiben – wenig später, die Inflationsrate hatte gerade die Marke von 7.000 Prozent überschritten, war der Staat bankrott. Oder Ex-Präsident Alberto Fujimori (1990-2001), der Peru elf Jahre lang quasi-diktatorisch mit Hilfe von Militär und Geheimdienst regierte. Dem warf er im Jahr 2000 vor, „ein korruptes Lügenreich“ aufgebaut zu haben – kurz danach tauchten die berüchtigten „Vladi-Videos“ auf, die zeigten, wie Geheimdienstchef Vladimiro Montesinos reihenweise Abgeordnete mit Briefumschlägen voller Geldscheine bestach.

Lange galt der ehemalige Vorsitzende der peruanischen Bischofskonferenz in den 90er Jahren angesichts der totalen Diskreditierung der politischen Klasse als einer der wenigen ernsthaften Widersacher Fujimoris – zum Missfallen weiter Teile seiner eigenen Kirche. Erst als Alejandro Toledos

Aufstieg vom Schuhputzerjungen zum Staatspräsidenten begann, fand sich ein Nachfolger in dieser Rolle. Im Mai 2001 wählten die Peruaner den politischen Seiteneinsteiger, der für eine „Politik des dritten Weges“ und eine „Marktwirtschaft mit menschlichem Antlitz“ warb, zum neuen Staatschef.

Bambarén war von Beginn an eine Art Mentor und Protegé des 57-jährigen Wirtschaftswissenschaftlers. Eine Behauptung, die der Geistliche heftig bestreiten würde, doch die Fakten sind eindeutig: Als die von Fujimori bezahlte „Schmutzpresse – la prensa chicha“ Toledo im Wahlkampf 2000 als „Kokser“, „Ehebrecher“ und „Harvard-Lama“ verunglimpfte, war es Bambarén, der den Oppositions-Kandidaten am kraftvollsten verteidigte. Er war es auch, der dem Präsidenten in dessen schwerster persönlicher Krise dazu riet, nach monatelangem Leugnen Ende 2002 endlich seine uneheliche Tochter Zarai öffentlich anzuerkennen. Und wieder war es der Geistliche, den der Staatspräsident um Vermittlung zwischen Volk und Regierung bat, als das Land im Juni 2003 angesichts von gewalttätigen Demonstrationen aufgebrachtener Lehrer und Kokabauern im Chaos zu versinken drohte.

Doch allmählich dürfte auch Bambarén ratlos sein. Zu rasant geht der Abstieg seines Ziehsohns vonstatten. So bedingungslos wie Toledo wegen seiner Indio-Herkunft vor zwei Jahren vom Volk noch als „Sohn der Sonne“ verehrt worden war, so gnadenlos wird er heute von denselben Menschen als „Volksverräter“ beschimpft, seit bekannt wurde, dass er sich als Staatspräsident seine Bezüge kurzerhand von 3.000 auf 18.000 Dollar erhöht hatte. Besonders übel stößt den Peruanern diese im Land sattsam bekannte Selbstbedienungsmentalität auf, weil sie noch immer auf die Einlösung der unzähligen Wahlkampfversprechen warten: Von massiven Lohnerhöhungen der Lehrer, neuen Straßen in den Provinzen und 2,5 Millionen Jobs für die Arbeitslosen ist seit dem Wahltag nur noch dann die Rede, wenn die Betroffenen für ihre Forderungen auf die Straße gehen. Bereits zwei Mal musste Toledo seit Amtsantritt den Ausnahmezustand ausrufen, weil erzürnte Demonstranten mit Straßenblockaden die Einlösung von Wahlversprechen forderten. Der Staatspräsident steht in der Öffentlichkeit als substanzloser Schaumschläger da.

Auf den Straßen Limas hatte sich Toledo im Kampf gegen das korrupte Fujimori-Regime eine politische Glaubwürdigkeit erworben, die Millionen Menschen monatelang von einem grundlegenden sozialen Wandel Perus träumen und den Mann aus der nordperuanischen Region Ancash als Lösung aller Probleme erscheinen ließ. Heute versuchen auf denselben Straßen jeden Tag mehr Peruaner den einstigen Hoffnungsträger aus dem Amt zu treiben. Der „Sohn der Sonne“ hat seinen Kredit rasant verspielt und wird selbst als Teil des Problems angesehen. Die Umfragewerte von einst 59 Prozent Zustimmung rauschen über derzeit 14 Prozent weiter ins Unterirdische.

Und immer mehr Analysten wie der Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Lima, Eckart Wild, stimmen darin überein, dass dem ehemaligen Berater der Weltbank „die Schuhe des Staatspräsidenten ein paar Nummern zu groß sind.“

Ja, stimmt Bambarén ohne Umschweife zu, schon richtig, Toledos Regierung habe „durchschnittlich begonnen, sich dann stetig gesteigert“ und stecke nun in Schwierigkeiten. Trotzdem lässt der Geistliche den Staatspräsidenten nicht fallen. Er hält Toledos Überzeugung für richtig, dass es eines regulierenden Staates bedarf, um das Auseinanderdriften von reichem Zentrum und armer Peripherie zu verhindern: „Der Kapitalismus muss im Zaum gehalten werden.“

Dass allerdings ausgerechnet in Peru, wo der Staat von kaum jemandem als gemeinsame Sache angesehen wird, und die Oberschicht es noch immer verstand, sich der sozialen Verantwortung zu entziehen, eine Regierung dazu willens und fähig sein sollte, diese Rolle auszufüllen, daran mögen aufgrund der Historie des Landes allenfalls „unverbesserliche Optimisten“ wie Bambarén glauben. Seit Peru 1821 gegründet wurde, haben die Bürger 113 Regierungen kommen und gehen sehen, aber es ist nicht bekannt geworden, dass bislang eine darunter gewesen wäre, die den Staat nicht als ihr persönliches Raubgut betrachtet hätte. Seit fast zwei Jahrhunderten stolpert das Land von Krise zu Krise, von Staatsbankrott zu Staatsbankrott. So viele vermeintliche Heilsbringer entpuppten sich in der Rückschau als Quacksalber, dass sich das Volk irgendwann zwischen der 43. und 57. Regierungszeit diesen dicken Schutzmantel aus Apathie und Fatalismus zugelegt haben muss, den es seitdem trägt, wie das eine betrogene Ehefrau tut, die nachts ein Mal zu oft auf ihren untreuen Ehemann gewartet hat.

Entsprechend skeptisch wird das „Projekt Dezentralisierung“ verfolgt. Kaum einer will hören, wie die Reform als Garant für mehr Bürgernähe und größere Effizienz angepriesen wird. Dezentralisierung soll „die beste Waffe im Kampf gegen die Armut“ sein? Arglos ist man nur einmal, dann beginnt die Erfahrung. Zu den beliebtesten Zeitvertreibern zählt es in der peruanischen Presse deshalb, nach den verborgenen – „den wahren“ – Motiven des Staatspräsidenten zu forschen, sich auf die Reform einzulassen. Die konservative Tageszeitung „El Comercio“ etwa vermutet, die neu geschaffenen Regionen sollten dem Zentralstaat in erster Linie „als zwischengeschalteter Puffer“ gegenüber den Forderungen aufgebrachter Bürger dienen. Die linksliberale „La Republica“ wiederum spekuliert, primäres Ziel des Regierungschefs sei es gewesen, sich über den Umweg der Provinzen die Hausmacht zu verschaffen, die ihm im Parlament in Lima fehlt.

Sollte Letzteres tatsächlich das Kalkül gewesen sein, dann ist das Vorhaben reichlich schief geganen: Gerade einmal 12 Prozent erzielte die Tole-

do-Partei „Peru Posible“ („Peru, wie es sein könnte“) bei den Regionalwahlen und stellt nun nach dem 17. November lediglich einen von insgesamt 24 Regionalpräsidenten, während ihr größter Widersacher, die linkspopulistische Oppositionspartei APRA, die Hälfte aller Regionen für sich gewann. Noch unkalkulierbarer wird mit diesem Wahlergebnis das Wagnis der Dezentralisierung.

Als wäre die Zahl der Schwierigkeiten, die mit der Konkretisierung dieses entwicklungspolitischen Modethemas verbunden sind, nicht schon unüberschaubar genug: Hilflöse Bürgermeister in den Städten und Gemeinden, die von den plötzlich übertragenen Aufgaben überfordert sind; windige Berater, die die Gemeindekassen plündern; Macht versessene Provinzfürsten, die jegliche Initiative der Zentrale blockieren; unzufriedene Mitarbeiter entmachteter Staatsbehörden, die um ihre Jobs bangen... Je näher die Umsetzung der Reform rückt, desto deutlicher erscheint der verwaltungsorganisatorische Akt der Dezentralisierung vor allem als Kampf um Macht und Pfründe. Die eigentlichen Ziele – mehr Bürgerbeteiligung und größere Effizienz – geraten da schnell aus dem Blickfeld. Viele Verantwortliche in Ländern wie Bolivien und Argentinien, wo bereits vor einigen Jahren die Reform gestartet wurde, fluchen deshalb bereits mehr laut als leise darüber, dass sie sich auf „das Abenteuer Dezentralisierung“ überhaupt eingelassen haben.

Toledo aber hält an seinem Regierungsprojekt fest und wird nicht müde zu betonen, dass es vor allem sein „Stolz als Provinzler“ sei, der ihn unverdrossen antreibe, sich „gegen den Zentralismus Limas aufzulehnen und den Hunger des Volkes nach Dezentralisierung zu stillen.“ Tatsächlich treibt das Volk ein viel elementarerer Hunger um, als dass Zeit bliebe, sich um akademische Fragen der Politstrategie zu kümmern. Frühestens in fünf Jahren, wenn überhaupt, wird die Dezentralisierung Früchte tragen, während die Mäuler der Kinder heute zu stopfen sind. Vergangenes Jahr wies Peru das niedrigste Lohnniveau Lateinamerikas aus. Nur jeder zehnte Peruaner, so wird geschätzt, hat überhaupt noch einen regulären Job, während sich der Rest mit Gelegenheitsarbeit oder mehreren unterbezahlten Teilzeitbeschäftigungen über Wasser hält. Die unteren 40 Prozent der Bevölkerung verfügen nur über 7 Prozent des Einkommens, während auf die reichsten 20 Prozent über 61 Prozent entfallen. 70 Prozent der Menschen im Amazonas und im Hochland der Anden leben weit unterhalb der Armutsgrenze, im Durchschnitt von 220 Dollar jährlich. Deprimierende Zahlen, ein Armutszeugnis.

Zwar bezweifelt keiner im weiten Rund der politischen Akteure, dass die Regionalwahlen nach 11 Jahren erzautoritärem Regime des mittlerweile nach Japan geflüchteten Präsidenten Alberto Fujimori ein wichtiges Standbein einer unvermeidlichen Staatsreform waren. Zu eindeutig fiel die Diagnose aus: Der Staat ist krank, eine Art Neugründung also überfällig. Doch

als „pachacuti“, wie die Zeitenwende in der Mythologie der Inkas genannt wurde, sind die Regionalwahlen kaum einem Bürger in Erinnerung geblieben. Eher fällt den Peruanern ein, dass die Regionalisierung als Flickwerk begann und erst einen Tag vor der Wahl per Gesetz abgesegnet wurde, aber bereits zwei Tage vor der Abstimmung kein Alkohol mehr verkauft werden durfte – damit der Souverän am entscheidenden Tag einen klaren Kopf behielte, wie es offiziell hieß.

Bischof Luis Bambarén hat die Hoffnung auf den „pachacuti“ dennoch nicht aufgegeben: „Die Regionalisierung des Landes ist das, was wir immer gefordert haben. Sie kann uns helfen, den Reichtum gerechter zu verteilen.“ Falls nicht, befürchtet die „prophetische Stimme“, könne die Polarisierung zwischen Arm und Reich das Land irgendwann zerreißen: „Es ist wie ein Schüttelfrost, ein Hin und Her von Heiß und Kalt, der die peruanische Gesellschaft nicht zur Ruhe kommen lässt. Gelingt es uns nicht, das Geld dahin zu bringen, wo die Armen sind, dann gibt es nur noch eine andere Perspektive: Die Ausgestoßenen werden weiter dahin gehen, wo das Geld ist: Nach Lima.“

4. Der Slumbewohner: „Die Provinz ist zum Sterben da“

Nolberto Coronel kam vor 18 Jahren. Er wohnt in Pachacamac, einem der Vororte Limas, bei denen die Taxifahrer einen Europäer nach der Nennung des Fahrtziels noch einmal von oben bis unten anschauen und dann fragen: „Seguro? – Bist Du sicher?“

Bist Du sicher, dass Du sehen willst, wie die Tagelöhner in den Rinnesteinen ihre Mahlzeit aus Blechtellern löffeln, Abwasserbäche wie Eiter stinkend den Berg hinab fließen und verlauste Hunde im Müll wühlen? Willst Du das Graffiti sehen, das fordert: „Schluss mit den Zwischenhändlern, Gott selbst soll kommen“? Willst Du wissen, dass am Ortseingang ein Quacksalber verzweifelten Männern seine Dienste anbietet – „Experte in der Zusammenführung von Ehepaaren“? Hier, 15 Kilometer außerhalb des Stadtzentrums, mitten im Wüstensand am Rande der Anden, gleicht Lima einem schwarzen Loch, das seine Ränder frisst und als Wellblech wieder ausspuckt. Fünf Millionen Menschen sollen in Vororten wie diesem leben. Wie viele genau es sind, das weiß keiner. Sicher ist, dass jeden Tag Hunderte hinzukommen. 150.000 jährlich. Wohl 75 Prozent aller Einwohner sind irgendwann aus der Provinz zugewandert und lassen die Stadt explodieren.

Noch 1940 führten 650.000 Limeños ein beschauliches Dasein. Heute befinden sich die meisten der acht Millionen Einwohner in einem hoffnungslo-

sen Kampf gegen Kriminalität, Abfall und Verkehrschaos. Schon vor langer Zeit scheint man es aufgegeben zu haben, durch planvolles Handeln das Schicksal der Stadt beeinflussen zu wollen. Lima hat sich in den vergangenen Jahrzehnten zum Musterfall einer „zweigeteilten Stadt“ entwickelt: Hier die exklusiven Ghettos der Glücklichen in den vornehmen Wohn- und Geschäftsvierteln von Miraflores, San Isidro und Barranco, wo geschäftige Manager mit ihren neuesten Handy-Modellen Kontakt nach Miami halten; dort der gesellschaftliche Abschaum aus Obdachlosen und verarmten Migranten, die in Pachacamac, Lurín und Villa El Salvador tagtäglich ums Überleben kämpfen.

Auf die Frage, warum Lima wie ein großer Magnet wirkt, und Peru so hyperzentralisiert ist wie kein anderer Staat in Lateinamerika, geben die Wissenschaftler im Wesentlichen drei Antworten.

Historiker sagen: Es war schon immer so. Bereits die Inkas hätten ihr gewaltiges Reich, das sich vom heutigen Chile bis ins südliche Kolumbien erstreckte, einzig und allein durch einen rigiden Zentralismus zusammen halten können. Spricht nicht der Name ihrer Regierungszentrale für sich? „Nabel der Welt“ nannten die Inkas ihre Hauptstadt Cuzco.

Ökonomen hingegen erklären Limas Anziehungskraft mit „wachsenden Skalenerträgen“: In urbanen Zentren, argumentieren sie, seien dank größerer Märkte und geringer Transportkosten die Gewinne höher als an der Peripherie. Also liege es im Interesse des Landes, den Wettbewerbsvorteil der Konzentration zu nutzen und den Überschuss anschließend zu verteilen.

Politologen wiederum behaupten, dass das zentralistische System sich in der Demokratie selbst alimentiere: Je mehr Menschen ins Zentrum strömten, desto weniger Stimmen gebe es für die Politiker in den Provinzen zu gewinnen. Und desto weniger Interesse bestehe für sie, Politik für die Provinzen zu machen. Zynisch ausgedrückt: Nur Diktaturen können es sich leisten, sich um die Provinzen zu kümmern.

Alles vermutlich richtig. Und doch wird man bei längerem Aufenthalt in Peru den Eindruck nicht los, dass eine vierte, wissenschaftlich nur unzureichend abgesicherte, Antwort der Wahrheit am nächsten kommt. Sie hat mit der Fähigkeit des Menschen zum Träumen zu tun. Träumen von einem besseren Leben. So wie Nolberto es tat, als er sich mit nicht viel mehr als einem Essbesteck, einem Poncho und einigem Krimskrums vom Andendorf Acombambilla aus auf den Weg nach Lima machte, um dort sein Glück zu versuchen.

Es war nicht so, dass Nolberto sich damals übertriebene Illusionen gemacht hätte. „Ich hatte hier nichts. Und mich erwartete nichts: Keine Verwandten, keine Wohnung, kein Geld. Nichts.“ Und doch war da diese unendliche Sehnsucht auf ein Morgen, das mehr zu bieten hat als die harte Ar-

beit auf den kargen Kartoffelfeldern, die ihm nicht einmal genug einbrachte, um sich regelmäßig Zigaretten gegen die feuchte Kälte des Morgennebels leisten zu können.

Irgendwann waren diese Sehnsucht und die Hauptstadt eins geworden. Das war der Zeitpunkt, als Nolberto sich auf die Ladefläche von einem der Lastwagen setzte, die seine Kartoffelsäcke an die Küste transportierten. „Nur zum Sterben kannst Du in der Provinz bleiben“, besagt ein peruanisches Sprichwort.

Hatte er eine Vorstellung davon, was ihn in Lima erwartete? „In der Kneipe unseres Dorfes gab es ein Foto von den Stränden in Miraflores.“ Natürlich wusste er aus dem Fernsehen, dass das nicht die ganze Wirklichkeit war, aber was gab es schon zu verlieren?

„In Lima gibt es alles und von allem mehr“ – so viel wusste Nolberto über sein neues Zuhause. Die Statistik gibt ihm Recht: 50.000 Busse transportieren täglich rund 10 Millionen Fahrgäste. 600.000 Autos fahren in der Stadt. 10.000 Telefone sind auf den Namen Rodriguez angemeldet, immerhin noch 8.000 sind unter „Sanchez“, „Vazquez“ und „Garcia“ registriert. 5.400 Gesundheitsstationen gibt es. Geschätzte 3.000 Jugendbanden, 1.200 Morde jedes Jahr. 74 Bibliotheken. Vor allem aber werden 96 Prozent der öffentlichen Ausgaben von Lima aus verwaltet, 84 Prozent der Steuern eingenommen, 83 Prozent der Bankgeschäfte abgewickelt, 65 Prozent der öffentlichen Gelder investiert und 55 Prozent des peruanischen Bruttosozialprodukts in Lima erwirtschaftet. Irgendwas würde da schon auch für ihn abfallen, dachte sich Nolberto.

Was abfiel waren zunächst Lagerarbeiten, dann Handlangerdienste auf dem Bau und in einer Fischmehlfabrik, seit einiger Zeit schon Fahrdienste. Zuletzt im geliehenen Taxi. Übrig blieben von den 18 Arbeitsjahren 44 Quadratmeter Wohnraum, die er mit Bastmatten für sich und seine fünfköpfige Familie notdürftig zu einer Drei-Zimmer-Wohnung hergerichtet hat. Nolberto ist stolz auf das Erreichte: „Das Haus hat ein Dach und alle Annehmlichkeiten wie Wasser, Licht und Abwasseranschluss.“ Andere wohnen nicht so bequem, konnten ihren Behausungen nur aus Kistenbrettern, Stroh und Lehm eine erbärmliche Stabilität verschaffen. Nolberto ist einer, der es in seinem Viertel zu etwas gebracht hat. Milde schaut die Mutter Gottes von der Wand, behaglich flätzt sich Haushund „Inka“ auf dem Boden.

Doch der bescheidene Wohlstand ist in Gefahr. Nolberto hatte vor sechs Monaten einen schweren Autounfall. Sein linkes Bein wird zeitlebens zwei Zentimeter kürzer bleiben als das rechte. Ein schwerer Schicksalsschlag. Stärker schmerzt den 44-Jährigen jedoch der Verdienstaustausch: „Fünf Monate konnte ich nicht arbeiten. Jeden Monat fehlten 1.200 Soles (350 Euro), die wir für Essen, Licht, Wasser, Kleidung, Schulgeld und all die anderen Dinge monatlich brauchen.“

Wie hast Du die Zeit überstanden? „Wir hatten gespart, um uns irgendwann ein kleines Auto zu kaufen, das Geld ist jetzt weg.“ Wie viel verdienst Du als Taxifahrer? „20 Soles, manchmal auch 70. Das ist jeden Tag anders. Im Durchschnitt sind es wohl um die 35, so dass monatlich 1.000 Soles zusammen kommen. Wie viele Stunden arbeitest Du am Tag? „Ich geh’ um fünf oder sechs Uhr aus dem Haus und komme um zehn oder elf zurück. So lange, wie’s eben Arbeit gibt. Jeden Tag. Das ist kein Problem, so machen wir das alle hier.“ Half der Staat, als Du krank warst? „Ich bin nicht versichert, versichert sind nur Leute mit fester Arbeit, also hilft auch der Staat nicht. Das ist hier so, höchstens 20 oder 25 Prozent sind versichert. Alle anderen schlagen sich so durch wie ich.“ Was machst Du, wenn Deine Kinder krank werden? „Gott sorgt vor. Manchmal gibt’s Geld für Medizin, manchmal nicht. Wenn’s kein Geld gibt, haben wir hier die traditionelle Medizin. Kräuter und so.“

Um das Nötigste fürs Überleben zu haben, macht sich seine Frau jetzt jeden Morgen zum Hafen in Callao auf, um dort Fisch zu kaufen. Den bereitet sie dann als ceviche zu (eine peruanische Spezialität aus rohem Fisch, Zwiebeln und Limone) und verkauft ihn auf der Straße, damit ihre Kinder weiter zur Schule gehen können. Das hat sie auch früher schon mal getan, um fürs Haushaltsgeld etwas dazu zu verdienen. Jetzt aber zieht sie täglich los, und meist muss eines der Kinder mit anpacken. 4.500 solcher fliegenden Händler wie Luisa gibt es allein in Pachacamac.

Auch Nolberto hat sich schon überlegt, einen kleinen Handel aufzumachen, falls er nicht bald wieder Arbeit als Taxifahrer findet. Er hat gehört, dass die Kinder der Stadt derzeit ganz versessen auf „Super pocket monsters“ sind. Ein Freund hat womöglich auch eine Quelle, vielleicht lässt sich da was machen. Unter der Hand. Es müsste nur noch ein Weg gefunden werden, um an das Startkapital zu kommen. Nolberto sieht da nicht so schwarz. Er kennt Lima. Irgendwas geht immer in Lima.

Ob ihm sein Leben gefällt? „Es gibt kein anderes.“

5. Provinzfürsten auf Raubzug

Die Dezentralisierung ist heute in aller Munde. Es ist herausgekommen, dass sich 22 der 25 neuen Regionalpräsidenten nach ihrer Wahl Bezüge in Höhe von 15.000 bis 33.000 Soles (3.700 bis 8.000 Euro) genehmigt haben. Bürgermeister der Städte und Gemeinden haben es ihnen – im Rahmen ihrer Möglichkeiten – weitgehend gleich getan.

Lehrer des Landes, die monatlich mit 650 Soles (150 Euro) auskommen müssen, überfluten die Tageszeitungen seitdem mit Leserbriefen und erinnern daran, dass das Wahlversprechen des Staatspräsidenten, ihre Bezüge zu verdoppeln, noch immer nicht eingelöst sei. Universitätsprofessoren merken an, dass sie ihr Gehalt von 1.614 Soles (390 Euro) nur 12 und nicht 15 Mal im Jahr ausgezahlt bekommen wie die Politiker. Im Fernsehen wird ausgerechnet, dass ein Tagelöhner mit dem peruanischen Mindestlohn von 400 Soles (100 Euro) gut fünf Jahre arbeiten müsste, um das Monatsgehalt der Regionalpräsidenten zu verdienen. Nicht einmal der Hinweis, dass auch der Erzbischof von Lima – „in katholischer Demut“ wie es in Perus konservativer Tageszeitung „El Comercio“ süffisant heißt – sich dieses Gehalt zugesteht, vermag den Volkszorn zu mindern.

Angesichts des öffentlichen Drucks wird nun darüber nachgedacht, den Politikern die Festlegung der Höhe ihrer Bezüge nicht mehr selbst zu überlassen. Einige schlagen auch vor, dass die Amtsträger künftig ihr komplettes Einkommen versteuern sollten (und nicht nur ein Drittel wie bislang). Auch Fälle von Selbstkritik sind bekannt geworden: So verspricht der Regionalpräsident der Hafenstadt Callao, 20 Prozent seines 33.000-Soles-Gehaltes an die Armen zu spenden.

Standhaft bleibt nur der Bürgermeister von Cajamarca, Emilio Horna Pereira. Der Kommunalpolitiker ist nicht gewillt, so schnell vor der Volksmeinung einzuknicken: Die Erhöhung seiner Bezüge von 8.000 auf 15.000 Soles, argumentiert Pereira, sei nicht anmaßend, sondern zeuge vielmehr von „großem Verantwortungsbewusstsein“ – immerhin mindere es die Anfälligkeit der öffentlichen Amtsträger für Korruptionsversuche.

6. Der Bürgermeister: „Straßen sind Entwicklung“

Wieder einmal trägt Roberto Michikoli schwer an der Zukunft seines Dorfes. Diesmal ist es ein blauer Plastiksack, den er im ersten Licht der Morgendämmerung in Puerto Ocopa auf den schwankenden Urwaldkahn wuchtet.

Michikoli ist Bürgermeister der 400-Seelen-Siedlung Santa Rosita, einer Gemeinschaft der Ashaninka-Indianer am Amazonas-Zufluss Rio Tambo. Der 32-Jährige hat schon viel schleppen müssen, seit er vor drei Jahren die Geschicke des Indianer-Dorfes in seine Hand nahm: Zement, Ziegel, Nägel ... sogar Eisenträger waren schon dabei. Eine Gesundheitsstation und ein Schuldach sind entstanden. Das Geld für die Materialien kommt aus Lima, für Bau und Transport müssen die Einwohner des Amazonas-Dorfes sorgen. Diesmal sind es Geruchverschlüsse für die neuen Plumpsklos.

Acht Stunden dauert es, bis das Boot mit dem blauen Sack die trüb-braune Brühe des Rio Tambo durchquert und den Anleger von Santa Rosita erreicht hat. Um hierher zu kommen habe ich zwei Tage gebraucht und 440 Kilometer zurückgelegt. 440 Kilometer – eine Ziffer für Erbsenzähler. Nichts sagt sie aus über die wahre Entfernung zwischen Lima und Santa Rosita. Tatsächlich ist es eine Reise, die durch drei Klimazonen und mindestens fünf Jahrhunderte zurück in die Menschheitsgeschichte führt.

Wer von Lima nach Santa Rosita will, der muss zunächst den Pazifik und den atemlos-quiriligen Metropolen-Moloch verlassen, sich über den 4.758 Meter hoch gelegenen Andenpass Ticlio in die trostlose Stille der Bergbaustadt La Oroya hinaufquälen und anschließend in die fruchtbare Schwüle des Kaffee-Zentrums Satipo hinabfahren, ehe er schließlich im Sammeltaxi Puerto Ocopa erreicht. Dieser staubige Flusshafen, der bereits mitten im Stammesgebiet der Ashaninka liegt, ist die einzige Verbindung zu den rund 30 Siedlungen am Rio Tambo. Knapp ein Drittel der insgesamt 50.000 Ashaninka leben hier.

„In zehn Minuten sind wir da!“, ruft der Bürgermeister mir aufmunternd zu, als ich ihm bei drückender Schwüle über die Urwaldpfade hinweg nach Santa Rosita hinterherjapse. Eine halbe Stunde später taucht eine von Palmen umwachsene Lichtung auf, unter der sich rund 40 Holzhütten ducken. „Mi pueblito“ frohlockt Michikoli beim Anblick seines Dorfes. Von hier ziehen die Männer täglich mit Pfeil und Bogen zur Jagd in den umliegenden Regenwald, die Frauen schwärmen aus zur Ernte von Wildreis und Yucca. Früher lebten die Bewohner als Nomaden ausschließlich vom Sammeln und Jagen, aber seit die ersten Siedler aus den Anden vor 50 Jahren anfangen den Urwald zu roden, von dem die Ashaninka sich ernährten, waren auch sie gezwungen, Feldanbau zu betreiben.

60 Prozent der Dorfbewohner sind Kinder. Ein Mix aus Unterernährung, Parasitenbefall und fehlender Gesundheitsversorgung führt dazu, dass kaum einer das 60. Lebensjahr erreicht. Am Leib tragen die meisten Altkleider aus Europa, Japan oder den USA. Ihre traditionelle Cushma, ein schlichtes weißes oder braunes Gewand, leisten sich nur noch die wenigsten – der Stoff ist zu teuer. Santa Rosita ist Teil „der Peripherie der Peripherie“: In keinen Wirtschaftskreislauf integriert und politisch machtlos. Ein Dorf zwischen Steinzeit und 21. Jahrhundert. Noch. Denn die 46 Familien sind fest entschlossen, Teil der modernen Welt zu werden.

Das sichtbare Zeichen dieser Entscheidung ist mintgrün. Es ist die kleine Gesundheitsstation des Dorfes – ausweislich einer am 13. Juli 1996 angebrachten Plakette ein Geschenk des „Präsidenten der Republik Peru, Alberto Fujimori“. Der vor zwei Jahren nach Japan geflüchtete Ex-Präsident hatte es zu seinem Markenzeichen gemacht, kurz vor Wahlen mit Geldern des

halbstaatlichen Entwicklungsinstitutes FONCODES Wohltaten in den Gemeinden entlegener Landstriche zu verteilen, als wären sie aus seiner Privatschatulle bezahlt. Politik nach Gutsherrenart.

Noch heute tuckern auf dem Rio Tambo Boote mit kleinen Außenbordmotoren herum, die nach ihrem Spender liebevoll „Fuji“ genannt werden und weiterhin den Ruhm des Herrn und Meisters mehren. Dass zumindest ein Teil des Geldes dafür zuvor aus den chronisch klammen Kassen der Lokalverwaltungen entnommen und ins Präsidenten-Ministerium umgeleitet worden war, sieht man den hübschen Motoren ja nicht an. 25 Prozent der Ausgaben des Staatshaushaltes verwaltete der Präsident nach eigenem Gutdünken, während den 1.800 Städten und Gemeinden des Landes weniger als 4 Prozent blieben, um die Grundversorgung ihrer Einwohner sicher zu stellen. Der Zentralstaat gerierte sich wie ein reicher Onkel, der seinem kleinen Neffen ein teuer funkelnendes Geschenk macht, nachdem er ihm das Geld dafür zuvor aus der Tasche gezogen hatte.

Die fatalen Folgen dieser Politik sind auch in Santa Rosita zu sehen. Als Roberto Michikoli, den sie früher „Häuptling“ nannten und heute im Zeichen der neuen Zeit mit „Bürgermeister“ anreden, für uns die Gesundheitsstation aufschließt, geht der Blick ins Leere: Ein Tisch, ein Stuhl und ein Poster an der Wand. Der Grund für die karge Einrichtung: Teure Medikamente oder gar medizinische Geräte müssten von den Einwohnern selbst bezahlt werden. Lediglich zwei Soles (60 Cent) pro Kopf werden Gemeinden wie Santa Rosita jährlich für ihre gesamten Ausgaben vom Zentralstaat überwiesen – da bleiben für das 400-Einwohner-Dorf kaum 240 Euro. Das reicht gerade mal, um die monatlich 10 Euro für die sporadisch anwesende Krankenschwester aufzubringen.

Die Popularität des wegen Mordes, Körperverletzung, Amtsmissbrauchs und Korruption mit internationalem Haftbefehl gesuchten Ex-Präsidenten mindert das in Santa Rosita allerdings keineswegs. „Er hat mehr für uns getan, als alle anderen Präsidenten zusammen“, das steht für Roberto Michikoli fest. „Toledo hat doch noch nichts geleistet.“ Mit dieser Meinung steht der Gemeindevorsteher keineswegs allein: Laut Umfragen wünschen sich über 30 Prozent der Peruaner die Rückkehr des Ex-Präsidenten. Er gilt noch immer als Macher und Kümmerer.

So erweist sich die Strategie der Fujimori-Regierung, die Städte und Gemeinden in dauerhafter Abhängigkeit zu halten, um sich gleichzeitig als Wohltäter feiern lassen zu können, bis heute als geschickter Schachzug, während die von Alejandro Toledo versprochene finanzielle und politische Autonomie der Kommunen und Regionen bislang als das gesehen wird, was sie ist: Eines der vielen Versprechen, die der Staatspräsident gegeben, aber bislang nicht eingelöst hat.

Derweil versucht Toledo, bei den Städten und Gemeinden mit zentral gelenkten Investitionsprogrammen gut Wetter zu machen. In Santa Rosita verfolgt diesen Zweck das Projekt „Trabajo rural“: 2.800 Soles (700 Euro) darf Michikoli seinen Männern aus diesem Fördertopf dafür zahlen, dass sie eine Woche lang die Verbindungspfade zu den umliegenden Dörfern ausgebessert haben. Heute ist Zahhtag. Der Bürgermeister hat von seiner Fahrt nach Puerto Ocopa die Gelder mitgebracht. Für jede Arbeitsstunde erhalten die Männer 2,50 Euro. Eine der wenigen Gelegenheiten für die Bewohner des Dorfes, an Bargeld zu gelangen und für ihren Häuptling, der die Gelder an Land gezogen hat, einen Nachweis für den Erfolg seiner Arbeit zu erbringen.

Trotzdem ist er nicht zufrieden, als sich später am Tag die wichtigsten Männer des Dorfes bei frittierten Baummaden und Gürteltiersuppe um seine Kochstelle versammeln. Verspätet sei das Geld gekommen, die Arbeiter hätten ihm bereits wochenlang wegen ihres Lohnes in den Ohren gelegen, klagt er. Und jetzt mische sich auch noch fortwährend der „Supervisor“, ein wachsamer Beauftragter der Zentralregierung, in die Arbeiten ein. „Der soll sich da raus halten“, wettet Michikoli über die Gängelei. Und überhaupt, viel dringlicher als der Wegebau, der durch die biblischen Platzregen, die von Januar bis April im Amazonas niedergehen, ohnehin bald Makulatur sei, hätte das Dorf doch Ärzte und Krankenschwestern benötigt.

Die medizinische Versorgung ist verheerend. 40 Prozent der peruanischen Bevölkerung haben faktisch keinen Zugang zu einer vertretbaren medizinischen Versorgung, in Gegenden wie Santa Rosita stirbt jedes dritte Kind noch während seines ersten Lebensjahres. Es fehlt Geld. Und selbst wenn das Dorf in der Lage wäre, Krankenschwestern anständig zu bezahlen, qualifiziertes Personal würde es auch dann nicht lange in den Gott verlassenen Gegenden von Amazonas und Anden aushalten. Zu stark sind die Anziehungskräfte der Hauptstadt. Drei Viertel aller Ärzte ballen sich in Lima, auf das 50 Prozent der Gesundheitsausgaben Perus entfallen. Das Leben in der Hauptstadt mag hart sein, aber es hält das glitzernde Versprechen auf goldene Zeiten in greifbarer Nähe bereit, während Santa Rosita auf seine Plumpsklos wartet.

Heute werden die Geruchsverschlüsse verteilt. Nachdem der Kämmerer des Dorfes mit seiner Trompete zur Versammlung gerufen hat, trudeln nach und nach die Familienoberhäupter ein, um sich beim Häuptling die einfachen Holzabdeckungen, die wegen ihrer länglich-ovalen Form von den Ashaninka sofort als „Sandalen“ verspottet werden, zu holen und ihren Empfang zu quittieren. Ein wichtiger Schritt: Darminfekte gehören zu den häufigsten Krankheiten. Auslöser und Überträger sind oft Hühner, die im Wald im Kot scharren und diesen später in die Hütten tragen. Nun können

dank der 15.000 Euro für die 46 Latrinen zumindest minimale hygienische Standards gewahrt werden. Ein Schritt Richtung Moderne.

Häuptling Michikoli ist davon überzeugt, dass es für sein Volk keinen anderen Weg geben kann. Das idyllische Paradies, in dem die Menschen im Einklang mit der Natur leben, gibt es nur im Auge des Reporters, das Auge des Häuptlings sieht nur die Hilflosigkeit angesichts einfachster Krankheiten, schäbiger Kleidung und des frühen Todes.

Michikoli hat noch viele Pläne für sein Dorf. Als nächstes soll eine Trinkwasseranlage her. Und später vielleicht eine kleine Herberge. Der Dorfchef hat gehört, dass sich im Tourismus viel Geld verdienen lässt. Der Besuch des Reporters war für ihn ein Test, wie sein Volk auf die Anwesenheit eines Weißen reagiert. Michikoli ist zufrieden. Viele Ashaninka-Dörfer verweigern noch immer strikt jeden Besuch von außen – zu viele schlechte Erfahrungen haben sie gesammelt, seit es vor 50 Jahren die ersten Kontakte mit Siedlern gab. In ihrer Mythologie bringen Weiße, die sie „Atsiri“ nennen, Pest und Grippe.

Insofern war nicht unbedingt zu erwarten, dass die Bewohner sich so schnell an den Fremden gewöhnen, den sie anfangs respektvoll „el mister – der Herr“ und später „el misterioso – der Geheimnisvolle“ nennen, nachdem der ihnen erzählt hatte, dass die Bewohner seines Dorfes in Deutschland wegen der Zeitverschiebung bereits schlafen, während die Ashaninka noch unter der Amazonas-Sonne der Jagd nachgehen.

Also ließe sich vielleicht durch den Tourismus langfristig ein wenig Geld in die klammen Gemeindegassen spülen. Das brächte zumindest mehr ein als der Reis, von dem sie jährlich immerhin 30 Tonnen produzieren, der aber pro Kilo nicht mehr als 15 Cent einbringt; wovon ein Großteil für den mühseligen Transport über den Fluss draufgeht. 25 Euro kostet eine achttündige Fahrt von Puerto Ocopa nach Santa Rosita. Ein Vermögen. Weshalb sich viele im Dorf nichts sehnlicher als eine Straße in die nächst grössere Stadt Atalaya wünschen. „Straßen sind Entwicklung“, sagt Michikoli. Ein Satz, der immer öfter fällt, je weiter man sich von Lima entfernt. Tropenholz könnte dann irgendwann in größeren Mengen verkauft werden. Und vielleicht hätte sein jüngster Sohn Javier dann sogar irgendwann die Möglichkeit, eine vernünftige Schulbildung zu bekommen. Eine Ashaninka-Universität ist der große Traum des Bürgermeisters.

Es fällt mir schwer, seinen ansteckenden Optimismus zu bremsen und ich lasse deshalb unerwähnt, dass Ökonomen wie Paul Krugman den Zusammenhang zwischen besseren Transportwegen und Entwicklung der Peripherie anzweifeln. Stattdessen frage ich schließlich, ob er nicht fürchtet, dass sein Volk auf dem Weg in die Moderne allmählich seine Identität verliert? „Nein“, antwortet Michikoli energisch, „ausgeschlossen. Wir werden unsere

Lebensweise bewahren, weil wir niemals weiße Siedler in unserem Dorf dulden. Frauen von Santa Rosita, die sich mit Weißen einlassen, müssen unsere Gemeinschaft sofort verlassen.“

Wirklich beunruhigt ist der Chef des Dorfes wegen ganz anderer Vorgänge. In Puerto Ocopa hat er die jüngsten Gerüchte aufgeschnappt: Die Terroristen vom maoistischen „Sendero Luminoso“ („Leuchtender Pfad“), die in den 80er und 90er Jahren mit willkürlicher Gewalt Peru an den Rand eines Bürgerkrieges gebracht hatten, sollen im Stammesgebiet der Ashaninka aktiv sein. Zwar konnte den Terroristen 1992 durch die spektakuläre Festnahme ihres ideologischen und militärischen Kopfes Abimael Guzman ein entscheidender Schlag versetzt werden, die Organisation zerfiel und geriet aus den Schlagzeilen. Doch noch immer zählt das US-Außenministerium den „Sendero“ zu den 27 gefährlichsten Terrororganisationen der Welt.

Es wäre nicht das erste Mal, dass die Terroristen, die im Amazonas „Terrorucos“ genannt werden, am Rio Tambo wüten. Bereits in den 80er und 90er Jahren hinterließen sie grässliche Spuren im Amazonas. Tausende von Toten, Gefolterten, Vertriebenen und Waisen fielen dem Morden und Plündern zum Opfer. Die Ashaninka hatten damals nur die Wahl, von wem sie ermordet werden wollten: Halfen sie den Terroristen, überfielen die Todestrüps des Militärs ihre Dörfer, töteten sie vor Ort oder nahmen sie zur „Befragung“ mit – Schicksal ungewiss. Weigerten sie sich, mit dem „Sendero“ gemeinsame Sache zu machen, wurden sie von den Terroristen ermordet. 50.000 der einst 100.000 Männer und Frauen, so wird geschätzt, überlebten den fremden Krieg auf ihrem Boden nicht.

Wer konnte, floh Richtung Anden, wo noch heute viele, aus Angst in ihre alte Heimat zurückzukehren, am Fuße der Berge leben. Manche schlossen sich auch in Bürgerwehren zusammen, die von der Fujimori-Regierung mit Gewehren ausgerüstet wurden, damit die Ashaninka den hochgerüsteten Terroristen nicht mit Pfeil und Bogen gegenüberreten mussten. Ein Weg, der oft fatale Folgen für die Ashaninka hatte, weil sie ihnen von Seiten der Terroristen den Vorwurf eintrug, mit dem Militär gemeinsame Sache zu machen.

Und jetzt soll alles wieder von vorn losgehen? Wir sind nach Atalaya gefahren, um dem Gerücht nachzugehen. Das einst verschlafene Urwaldstädtchen hat sich zu einem quirligen Verkehrsknotenpunkt entwickelt. Wo früher 1.500 Menschen lebten, sind es heute wohl an die 10.000. Noch immer werden im Hafen Bananen, Reis und Kaffee verladen, doch für die Goldgräberstimmung, die sich hier breit macht, sind die Funde von Gas und Erdöl verantwortlich. Für die Ashaninka verbinden sich wegen der Zerstörung ihrer Lebensgrundlage viele Ängste mit dem Boom, vereinzelt aber auch vage Hoffnungen auf ein besseres Leben. Tatsächlich profitiert von den Gewinnen, die aus dem Boden sprudeln, die Region kaum. Geschweige denn

die Ashaninka. Das Geld fließt größtenteils den multinationalen Konzernen zu. Es ist eine trügerische Hoffnung, die die Hotels, Bars und Restaurants verbreiten, die aus dem Boden schießen, seit vor zehn Jahren die ersten Bohrkerne in den Boden um Atalaya versenkt wurden.

In einem der Restaurants treffen wir Raúl García Vega. Der Vorsitzende einer Ashaninka-Vereinigung vom Rio Ene kann wenig Ermutigendes aus seiner Heimat berichten. Es stimme, bestätigt er Michikoli die umlaufenden Gerüchte, die Senderos zögen seit einiger Zeit in größeren Gruppen durch ihre Dörfer. Weil die Gemeinschaften am Rio Ene näher als Santa Rosita am Hochlandzentrum Ayacucho liegen, wo der „Sendero Luminoso“ Ende der 70er Jahre an der dortigen Universität entstand und auch heute noch seine Basis hat, hatten die Bewohner von jeher stärker unter den Übergriffen zu leiden. Auch diesmal wieder. Über 40 Terroristen, alle stark bewaffnet, seien erst unlängst im Dorf Paquichari gewesen, berichtet García.

Offensichtlich hat der „Leuchtende Pfad“ seine Taktik geändert: Statt wie früher Schrecken unter der Bevölkerung zu verbreiten, setzen sie heute auf Verständigung und werben um Sympathie bei den Ashaninka. Einige hätten Kontakt zu ihren Kindern gesucht und mit Dollar-Noten wedelnd versucht, sie für die Sache des Terrorismus zu gewinnen, heißt es. Andere hätten Siedler und Ashaninka bearbeitet, damit sie den „Sendero Luminoso“ bei der Verteidigung der Kokafelder gegen die von den USA trainierten Regierungstruppen unterstützen.

„Was können wir schon gegen die Terrucos tun, die mittlerweile fast jede Woche kommen, Feste veranstalten und mit Dollars um sich werfen?“, fragt García verzweifelt. „Wir haben doch schon genug gelitten, unser Land ist mit zu viel Blut getränkt. Wir wollen in Frieden leben und für unsere Entwicklung arbeiten. Aber wie sollen wir unsere Kinder schützen, wo wir noch nicht einmal Gewehre oder Munition haben?“

Santa Rosita ist bislang von der Unterwanderung durch den Terrorismus weitgehend verschont geblieben. Zwei Männer des Dorfes haben bei einem zufälligen Zusammenstoß im Urwald mit dem „Sendero“ vor etlichen Jahren leichtere Verwundungen am Bein davon getragen. Das war's. Die Gemeinschaft hat in der Vergangenheit viel Glück gehabt. Doch Roberto Michikoli ist klar: Sollte der „Sendero“ diesmal auch in sein Dorf einfallen, dann sind alle Träume von einer besseren Zukunft für seine Kinder dahin.

Der Bürgermeister ist beunruhigt. Als ich mich am nächsten Tag wieder nach Lima aufmache, flüstert Michikoli mir zum Abschied zu: „Man muss auf den Krieg vorbereitet sein, um in Frieden leben zu können.“ Künftig will er der Bürgerwehr des Dorfes größere Aufmerksamkeit schenken.

7. Alles in Peru ist Geschichte

Ein Test: Zehn Monate vor dem Start meiner Recherchen hatte ich angefangen, Zeitungs- und Zeitschriftenartikel zu sammeln, die Peru zum Thema hatten. Ich wollte wissen: Welches Bild bekommt ein interessierter Zeitungsleser in Deutschland von dem südamerikanischen Land? Kriegt er mehr geboten, als die drei großen „K“ der Entwicklungsländer-Berichterstattung: „Katastrophen, Kuriositäten, Korruptionsaffären“

16 Schnipsel stecken schließlich in meiner Klarsichthülle. Obenauf eine Meldung des „Kölner Stadtanzeiger“, der am 3. März fragt: „Peruanisches Gold gefälscht?“ Eine Untersuchung ergab, dass nur 15 Prozent der Objekte des weltberühmten Goldmuseums in Lima Originale sind. Die „Süddeutsche Zeitung“ berichtet vier Tage später von einer riesigen Inka-Stadt, die bei Vilcabamba entdeckt wurde („größer als Macchu Picchu“). Zwei Tage vor einem Staatsbesuch von George Bush am 21. März explodiert in Lima eine Autobombe: „Terror kehrt nach Lima zurück“, meint deshalb der „Stadtanzeiger“ und analysiert die Zusammenhänge von Terror und Verarmung.

So stapelt sich Monat für Monat ein buntes Sammelsurium von Diesem und Jenem: Im April berichtet die „Süddeutsche“, dass im Süden Perus der Ausnahmezustand ausgerufen wurde, weil die Menschen sich gegen Privatisierungen wehren. „Süddeutsche“ und „Bild“ begeistern sich im Mai für „die Stadt der Mumien“: Lima. „Der Spiegel“ gedenkt im Juni des ehemaligen Staatspräsidenten Fernando Belaunde Terry. Und der Schriftsteller Alfredo Bryce Echenique zürnt Ende Juli im Gespräch mit dem „Stadtanzeiger“ über die stümperhafte Privatisierungspolitik von Toledo.

Einzig Konstante: Zuverlässig bezieht sich jede dritte Meldung auf die glanzvolle Vergangenheit des Landes. Nicht nur „Stadtanzeiger“, „Bild“ und „Süddeutsche“ schwelgen in der Historie, auch die Peruaner tun das. Hier wie da schätzt man es offensichtlich, sich an der Geschichte zu berauschen. Wie hypnotisiert wird ins Vergangene geschaut.

Was sich hier als Lust am Mysteriös-Rätselhaften gut verkaufen lässt, dort wirkt es oft wie eine panische Flucht vor der Gegenwart: Denkmal an Denkmal reiht sich auf den Straßen und Plätzen Perus für die Befreier Simon Bolivar, Miguel Grau und sogar für ihren spanischen Unterdrücker Franzisco Pizarro aneinander. Die älteste Universität Südamerikas konkurriert mit der ältesten Stierkampfarena der Welt. Inkaruine wetteifert mit Mumiengrab.

Alles in Peru ist Geschichte. Als wolle man sich gegen das Grau der Gegenwart immunisieren.

8. Der Regionalpräsident: „Der Esel wird schon laufen“

Arapaima gigas ist ein Knochenzüngler. Der größte Süßwasserfisch der Welt, ein bis zu vier Meter langes Relikt aus der Vergangenheit. Schon seit 150 Millionen Jahren schwimmt der 300-Pfund-Gigant im Wasser des Amazonas, ohne dass jemals groß Aufhebens von ihm gemacht worden wäre. Zuverlässig füllt er den Einheimischen seit Hunderten von Jahren die Mägen und zieht ansonsten still seine Kreise.

Doch mit der Ruhe könnte es für das Urvieh bald vorbei sein: Ucayalis Regionalpräsident hat Arapaima gigas zum Symbol des wirtschaftlichen Aufschwungs seiner Heimat erkoren. Das Ungetüm soll der Urwaldregion künftig kräftig die Kassen füllen. Im großen Stil gezüchtet, könnte die „Kuh unter den Fischen“ massenhaft exportiert werden und als Delikatesse auf den Tellern europäischer und US-amerikanischer Feinschmecker seine Bestimmung finden, malen sich die heimischen Wirtschaftsförderer in kühnen Visionen aus.

Doch jetzt ist der Hoffnungsträger, als ahnte er von den Plänen der Politiker, abgetaucht. Irgendwo im trüben Brackwasser dümpelt er vor sich hin. „Der hält uns zum Narren“, vermutet Edwin Vasquez, mit dem wir uns zu einer Kahnpartie hinaus auf den Amazonas begeben haben. Er persönlich, Regionalpräsident von Ucayali, soll die Idee zu dieser Kaffeefahrt der etwas anderen Art mit zwei US-amerikanischen Geschäftsleuten sowie dem deutschen und dem peruanischen Journalisten gehabt haben.

Wäre doch schön, den unvorstellbaren Reichtum seiner Heimat, die der 53-jährige Politiker gern als schlummerndes Dornröschen anpreist, direkt vor Ort erleben zu können, mag er sich gedacht haben: All die Edelhölzer, die riesigen Erdöl-Pipelines und natürlich den sagenhaften Fischreichtum. Die Region ist erfüllt von der Erwartung auf eine bessere Zukunft. Ein erstklassiges Produkt, das er da zu verkaufen hat, davon ist Vasquez überzeugt. Hätte sich sonst die Einwohnerzahl der quirlig-staubigen Provinzhauptstadt Pucallpa in wenigen Jahren von 25.000 auf nahezu 250.000 verzehnfacht?

Also schippern wir nun in einem der Urwaldkähne, die hier wegen des Geräuschs ihrer Motoren „peque-peque“ genannt werden, auf einem Seitenarm des Amazonas umher und suchen den Knochenzüngler, mit dem sich, auch da ist sich Vasquez sicher, viel Geld verdienen lässt. Tatsächlich ist auch alles wunderbar exotisch: Der träge dahin fließende karamellfarbene Amazonas, das unendliche Grün, die unbarmherzige Sonne am Himmel, jede Menge Piranhas im Wasser und einige Papageien in der Luft. Der Dschungel präsentiert sich so, wie man sich das als Bewohner gemäßigter Klimazonen vorstellt.

Trotzdem kommen selbst dem umtriebigen Daueroptimisten Vasquez jetzt, in dieser einen schwachen Minute, so hat es den Anschein, Zweifel an seiner Idee, ausgerechnet diesen bizarren Vertreter aus der Familie der „Osteoglossiformes“ zum Symbol des wirtschaftlichen Aufschwungs seiner Heimat erhoben zu haben. Stand nicht irgendwo, dass das Urvieh an guten Tagen bis zu acht Stunden ohne Sauerstoff-Nachschub in den Tiefen des Amazonas verharren kann? Ein Hoffnungsträger, den man nicht sehen kann, taugt wenig, das spürt Vasquez.

Als talentierter Verkäufer wechselt er deshalb instinktiv die Tonart. Ein Satz-Stakkato aus nüchterner Wirtschaftsprosa soll nun das Verlangen von Ucayalis potenziellen Geldgebern nach Handfesterem befriedigen: „Niedrigkosten“ garantieren „Kostenvorteile“, „steigende Produktivitätsraten“ sprechen für „wachsende Absatzzahlen“. „Gewinnspannen“ locken und „Profite“ winken. Wenn dann auch noch ein „professionelles Marketing“ Einzug hält ... - nicht auszudenken, welche „Wachstumsschübe“ sich in Ucayali erreichen ließen.

Vasquez gilt in Peru, seinem Schnauzbart zum Trotz, der ihn eher wie einen gemütlichen Dorfpolizisten wirken lässt, als dynamischer Macher. Sein Image ist makellos: Weder durch Vetternwirtschaft noch Bestechlichkeit oder gar persönliche Bereicherung ist er bislang aufgefallen. Die an ein solch gerüttelt Maß von Charakterstärke und Ehrbarkeit nicht gewöhnten peruanischen Wähler waren offensichtlich beeindruckt: 31,8 Prozent der Stimmen gewannen Vasquez und sein Unabhängiges Wahlbündnis bei den Regionalwahlen am 17. November – nur in zwei der insgesamt 24 Regionen erreichten die Wahlsieger bessere Ergebnisse.

Von diesem Erfolg wird Vasquez in seinem Enthusiasmus auch heute, vier Monate nach den Wahlen, noch immer beflügelt. Doch je länger wir seinen blumigen Bindfadensätzen über die rosige Zukunft seiner Heimat zuhören, desto ungläubiger starre ich auf die trostlosen sozio-ökonomischen Eckdaten, mit denen ich mich vor Antritt der Reise versorgt hatte: Trotz Erdölvorkommen und Edelhölzern werden in Ucayali nicht einmal 1.000 US-Dollar jährlich von jedem Einwohner erwirtschaftet (Peru gesamt: 2.009 US-Dollar). Geschätzte 23 Prozent können weder lesen noch schreiben (Peru: 11 Prozent) und haben eine Lebenserwartung, die mit knapp 58 Jahren weit unter dem niedrigen Landesdurchschnitt (67,7 Jahre) liegt. In der Tabelle der sozio-ökonomischen Entwicklung der 25 Regionen des Landes belegt Ucayali den undankbaren 16. Platz.

Doch der neue Landesvater hat den Sprung ins gesicherte Mittelfeld fest im Visier. Für Vasquez steht außer Frage, wer die Schuld an den trüben statistischen Daten trägt: „Limas Gängelei hat jede Initiative erstickt, die Bürokraten dort haben das ohnehin schon knappe Geld in die falschen Projekte

gelenkt“ – „Können Sie Beispiele nennen?“ – „Wir beschäftigen 170 Arbeiter im Straßenbau, haben aber keine einzige brauchbare Maschine, weil deren Anschaffung vom Wirtschaftsministerium genehmigt werden muss. Unser Krankenhaus in Pucallpa hat noch nicht einmal ein Röntgengerät, weil in Lima keine Mittel bereitgestellt wurden. Es fehlt am Notwendigsten, wir stehen vor dem Kollaps.“ – „Was können Sie in Ihrer neuen Position daran ändern?“ – „Wir werden den Straßenbau forcieren und dafür sorgen, dass bei uns kein Geld mehr in dunklen Kanälen verschwindet. Wir haben genug gelitten unter dem Zentralismus, jetzt ist es an der Zeit, neue Wege zu gehen.“

Vasquez will Ucayali für private Investoren öffnen. Als er mit uns über den Amazonas tuckert, ist das auch symbolisch zu verstehen – Ucayali hofft seine Geldgeber. Keine Selbstverständlichkeit. Gerade ist in Peru eine erbitterte Debatte darüber entbrannt, wie aufgeschlossen man sich ausländischem Geld gegenüber verhalten soll. Mehrere Tote und Verletzte haben Ausschreitungen nach Demonstrationen gefordert, die verhindern sollten, dass der belgische Energiekonzern „Tractebel“ mit Unterstützung der Zentralregierung das Strom- und Gasnetz von Arequipa, Perus zweitgrößter Industriestadt, übernimmt.

Zum Wortführer schwang sich Daniel Vera Ballón von der linkspopulistischen Oppositionspartei APRA auf. Die Privatisierung wurde gestoppt, seine anschließende Wahl zum Regionalpräsidenten war dann kaum mehr als eine Formalie. Allerdings fehlen jetzt in der Region 85 Millionen fest eingeplante US-Dollar für die Modernisierung von Straßen und Schulen. Ein schwerer Schlag in einer Region, deren Haushalt sich auf kaum mehr als 4 Millionen US-Dollar beläuft.

„Wie hätten Sie sich in einer solchen Situation verhalten, Herr Vasquez?“ „Ich kann die Menschen in Arequipa verstehen, Sie haben Angst vor drastischen Erhöhungen der Strom- und Gaspreise. Aber politisch ist es ein falsches Signal, das Investoren abschreckt. Überall in Peru brauchen wir frisches Geld. Der Staat ist kein Unternehmen, er kann nicht das leisten, was viele private Investoren vermögen. Ohne sie wird unser wunderbares Land nicht auf die Beine kommen. Ucayali öffnet ihnen seine Arme weit.“ – „Fürchten Sie nicht den Ausverkauf Ucayalis?“ – „Ich fürchte das Elend von vielen Tausend Menschen.“

Und vermutlich auch die grenzenlosen Hoffnungen, die die Menschen mit dem Beginn seiner Amtszeit verbinden. Vasquez weiß nur zu gut, dass er ein Kaiser ohne Kleider ist. Als wir im Februar miteinander sprachen, waren nicht einmal die Gehälter seiner Büromitarbeiter gesichert, weil das Parlament in Lima einen 35-Millionen-Soles-Scheck für die laufenden Kosten der 25 Regionalverwaltungen noch nicht abgesegnet hatte. An Investitionsmittel gar nicht zu denken.

Als Alberto Fujimori im Jahr 2001 aus Peru flüchtete, und die Mannschaft von Alejandro Toledo die ausgerufenen Wahlen gewann, da kam das offensichtlich selbst für die neuen Machthaber sehr überraschend. Jedenfalls lagen keine Konzepte in der Schublade, mit denen die Konkretisierung des Wahlversprechens hätte angegangen werden können. Entsprechend konfus startete die Dezentralisierung. Als die Wähler im November 2002 zur Urne schritten, um die neuen Regionalpräsidenten zu bestimmen, wusste noch keiner im Land, wofür die Gewählten später einmal zuständig sein würden. Völlig unklar war bis Mai 2003 auch, wie viel Geld den Regionalregierungen für die Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung stehen sollte. Derzeit wird in Lima noch darüber beraten, welche Einnahmequellen den Regionen abgetreten werden könnten, ohne dass man die eigenen Gestaltungsmöglichkeiten allzu sehr beschneidet. Die Hafensteuer ist im Gespräch. Sicher ist das nicht.

Nicht nur die Friedrich-Ebert-Stiftung fürchtet, dass die Regionen zum Versorgungsfall der Zentralregierung werden könnten. Zu klein seien sie und ohne eigene soziale, politische oder wirtschaftliche Identität. Und was bitte sollen die neuen Provinzfürsten ausrichten, da doch noch nicht einmal ihre Kompetenzen und die finanzielle Ausstattung fest stehen? „Das können Sie nicht verstehen“, antwortet Vasquez, „aber wir sind das Improvisieren gewohnt. Ich sehe da kein großes Problem. Der Anfang ist gemacht. Und sobald der Esel erst bestiegen ist, werden wir ihn schon zum Laufen kriegen. Der Kampf mit Lima wird hart, aber wir werden ihn gewinnen.“

Am Ende der Bootsfahrt versichert einer der amerikanischen Geschäftsleute, den Knochenzüngler für wenige Sekunden an der Wasseroberfläche entdeckt zu haben. Ob er in Ucayali investieren wird, weiß er noch nicht. Vasquez verspricht, bis zu unserem nächsten Besuch werde Ucayali sich vom 16. Tabellenplatz nach oben gearbeitet haben. Mein peruanischer Kollege vermutet, dass noch viele Knochenzüngler ihre Schuppen und Gräten lassen müssen, bis es soweit ist.

9. 1:0 für Lima

Vier Stunden dauert die Reise von Cuzco nach Ayacucho mit dem Flugzeug. Mangels Direktflügen muss in Lima umgestiegen werden. 1.700 Kilometer legt man so für die Strecke zwischen den beiden Provinzhauptstädten zurück. Der Preis: 110 Euro. Im Bus hingegen fährt man auf direkter Route nur 600 Kilometer, braucht allerdings drei Tage und zahlt dafür 35 Euro.

Klar, dass ich den Bus nehme. 110 Euro entsprechen einem peruanischen

Mindestlohn. Lieber würde ich mir den kleinen Finger abhacken, als mich dem Leben der einfachen Menschen so weit zu entfremden. Denke ich im Reisebüro. „Elende political correctness“, fluche ich, als ich drei Tage später zum dritten Mal wegen eines Bergrutsches den Bus verlassen muss, mit Gepäck den Hang hinunterrutsche, barfuss durch den Rio Apurimac wade und auf der anderen Seite im Schlamm wieder hinaufkraxle, um dort tiefend in das wartende Anschlussfahrzeug zu steigen. Allmählich dämmert mir, warum jeder zweite Bus auf dieser Strecke am oberen Rand der Frontscheibe Aufkleber mit so seltsame Namen wie „Señor de Muruhay“, „Señor de Quollor Rytti“ und „Señor de Huanca“ trägt – alles Schutzheilige, die man als Reisender hier oben in den Anden bitter nötig hat.

Während wir so dem letzten Teilstück gen Ayacucho entgegenrumpeln, schnappt sich meine Sitznachbarin den Sportteil der Sonntagszeitung. Rosa Gallardo heißt sie und seufzt kurze Zeit später: „Der Schiedsrichter, na klar!“ Sie ist Fußballfan und für sie steht fest: „Cienciano Cuzco“, ihr geliebter Heimatverein, wurde im Kampf mit „Sporting Cristal“, dem verhassten Hauptstadtclub, gestern verschoben. Wieder einmal. Ein verweigerter Elfmeter, ein aberkanntes Tor, ein unberechtigter Platzverweis...

Eine vage Ahnung des Unerhörten hatte in den vergangenen Tagen in Cuzco alles heller, fröhlicher und beschwingter erscheinen lassen. Trugen die Schuhputzer ihre Köpfe bei der Arbeit nicht weniger tief? Wurde vor den Türen der Schnellrestaurants nicht findiger um die Gunst der Kunden gebuhlt („Vitaminas, vitaminas“)? Und reckten nicht selbst die Bettler einem ihre Hände weniger apathisch über das Straßenpflaster entgegen?

Der Stolz darauf, dass sie, die einfachen Provinzler, drauf und dran waren, an den schnöseligen Wichtigtuern aus der Hauptstadt vorbei zu ziehen, schien sie alle wachsen zu lassen. Ihre Mannschaft hatte einen Lauf und sich mittlerweile bis zum zweiten Platz hochgearbeitet. Alles war denkbar, und dieser Sieg gegen den Tabellenführer Sporting Cristal aus Lima greifbar nah. Denn diesmal brachten sie alles mit für den ungleichen Kampf: Technische Brillanz, körperliche Robustheit, unbedingter Wille. Diese Mannschaft war ein Versprechen. Was sollte sie noch vom Sturm an die Spitze abhalten?

Der Schiedsrichter also. Die Augen der 34-Jährigen, die mit ihrem sorgfältig gezogenen Lidstrich so gar nichts von einem dieser fanatischen „aficionados“ hat, blicken an mir vorbei zum Fenster hinaus, als sie fragt: „Warum dürfen wir provincianos nie gewinnen?“ Ihr Sitznachbar reibt Daumen und Mittelfinger aneinander, eher er seiner Geste zur Bekräftigung das Wort „plata – Geld“ in die verbrauchte Luft des Businneren hinterher haucht. Resigniert? „Nein“, sagt Rosa.

Es war doch einfach nur wie immer: Lima gewinnt, der Rest darf mitspielen.

10. Die Bauernfunktionärin:

„Der Zentralismus muss stürzen, nieder mit Toledo!“

Als Miriam Pastor an diesem Morgen um 4 Uhr aus ihrem Bett stieg, da hatte sie nur diesen einen Gedanken im Kopf: „Die Menschen im ganzen Land müssen von unserem Kampf erfahren.“ Deshalb hat die 39-Jährige sich in aller Herrgottsfrühe in die Provinzhauptstadt aufgemacht; deshalb hat sie ihren Bruder gebeten, sich an diesem Tag um ihre Felder zu kümmern; und deshalb sitzt sie nun hier im alten, stockfinsternen Filmtheater von Ayacucho und wartet auf ihren Auftritt bei der „1. Öffentlichen Anhörung der Regionalregierung“. Es ist der 83. Tag des Amtsantritts des neuen Regionalpräsidenten, der zweite Tag des Irak-Krieges.

Seit anderthalb Stunden schon knetet die zierliche Kokabäuerin an ihrem Manuskript herum, auf dem rund sechzig Sätze stehen. Alle mit einem Ausrufezeichen am Ende. So wie auch dieser eine, der der ganzen Versammlung, die schon den ganzen Vormittag wie ein langer träger Fluss dahin plätscherte, eine gemeinsame Richtung und alles übergreifende Botschaft geben wird. 38 Vorsitzende, Funktionäre und Standesvertreter – der Teil der Bevölkerung, der im Soziologendeutsch „Zivilgesellschaft“ genannt wird – hatten bereits vor ihr im Fünf-Minuten-Takt ihre Klagen und Wünsche dem Regionalpräsidenten vorgetragen: Studenten forderten ein kostenloses Studium, die „Vereinigte Linke“ ein Ende des imperialistischen Krieges im Irak, der Bürgermeister von Condorcocha eine Straße ins Cangallo-Tal, der „Mütterklub“ die Entlassung eines korrupten Amtsvorstehers... Doch jetzt nach der Rede von Miriam bekommt dieser diffuse Protest gegen alles und jeden seine Stoßrichtung: Lima. Es ist wie bei einem wild zuckenden Haufen von Kompassnadeln, die sich plötzlich wie von Geisterhand gesteuert gleichförmig ausrichten, wenn sich ihnen ein Magnet nähert. Dieser Magnet ist heute Miriam Pastor.

Es geht in ihrer Rede um die Drogenpolitik der Zentralregierung. Es geht darum, dass Präsident Alejandro Toledo sich zum Büttel der USA hat machen lassen und sich deren Forderung gebeugt hat, die Kokafelder mit chemischen Sprüheinsätzen von der Luft aus zu vernichten. Es geht um die Existenz unzähliger Kleinbauern im ganzen Land, um einige Dutzend „Cocaleros“ ihres Andentales. Der Ton zwischen Regierung und Demonstranten hatte sich in den vergangenen Wochen zunehmend verschärft und nach einer gewalttätigen Demonstration der „Cocaleros“ hatte der Staat den Anführer der Kokabauern, Nelson Palomino La Serna, festnehmen lassen. Gerüchte waren im Umlauf, hinter den Kokabauern stünden in Wahrheit die Drogenmafia und die Terroristen vom „Leuchtenden Pfad – Sendero Luminoso“, die sich in ihren Geschäften durch die Regierung gestört fühlten. Die Bauern

seien nur ein willfähiges Instrument der Drahtzieher hinter den Kulissen. Darum geht es, darum zürnt Miriam jetzt auf die Bühne hinauf: „Wir sind keine Terroristen! Wir wollen die Freiheit für Nelson! Nieder mit den USA! Nieder mit dem Imperialismus! Nieder mit dem Zentralismus! Nieder mit Toledo! Der Zentralismus muss fallen! Nieder mit dem Zentralismus!“

Das Stakkato trifft die Gefühle der rund 500 Zuhörer. Endlich, nach quälenden Stunden, ist der verbindende gemeinsame Nenner gefunden. Nieder mit allen Unterdrückern! Viele von den Zuhörern springen auf, klatschen in die Dunkelheit hinein, bis die Menge rhythmisch ruft: „Va a caer, va a caer, el centralismo va a caer – Er wird stürzen, er wird stürzen, der Zentralismus, er wird stürzen!“ „Bush y Toledo, la misma porqueria – Bush und Toledo, die gleiche Schweinerei.“ „Toledo, carajo, dónde está el trabajo – Toledo, verdammt, wo bleibt die Arbeit?“

Regionalpräsident Werner Omar Quezada Martinez von der linkspopulistischen APRA – in Lima nur Opposition, aber in der Region Ayacucho seit November Regierungspartei – macht sich die Stimmung zunutze, lässt die Nationalflagge holen und verordnet eine Spontan-Demonstration über die Plaza de Armas. Ein symbolischer Ort in der Geschichte Perus, der beziehungsreichste überhaupt. Hier hatten sich 1824 die peruanischen Freiheitskämpfer, nach der entscheidenden Unabhängigkeitsschlacht gegen ihre spanischen Unterdrücker, unter Führung von General Sucre versammelt. Eine ähnliche Stimmung wie heute muss damals geherrscht haben. Doch diesmal geht es nicht mehr gegen Spanien, diesmal geht es gegen Lima!

Ob Quezada den Kampf der Kokabauern unterstützt, das lässt er nach dem Protestmarsch offen. Was er vom Irak-Krieg hält, was er gegen die Korruption des Amtsvorstehers unternehmen kann, ob in Ayacucho das Studium weiterhin gebührenfrei sein wird – kein Wort dazu vom Regionalpräsidenten. Aber dass die Massen auf Lima schimpfen und er sich am 83. Tag seiner Amtszeit als Repräsentant an die Spitze der Unzufriedenen stellen kann, das hätte der 44-Jährige sich vermutlich nicht schöner träumen können.

Es gelingt Quezada, den diffusen Volkszorn auf dem Marsch um die Plaza hinter sich zu bündeln und gegen Lima zu richten. Er ist fest entschlossen, den politisch-administrativen Freiraum der neuen Zeit zu nutzen und sich eine eigene politische und gesellschaftliche Machtbasis zu verschaffen. Ein hübscher Erfolg für den Provinzpolitiker, der ihn so beflügelt, dass er noch am gleichen Abend für den 4. April zum „Regionalen Generalstreik“ aufruft.

Gründe unzufrieden zu sein und deshalb zu streiken gibt es in Ayacucho, der drittärmsten Region des Landes, zur Genüge: Jämmerliche 635 Dollar werden hier pro Kopf erwirtschaftet, gerade mal ein Sechstel dessen, was die Statistik für Lima ausweist. Verarbeitende Industrie gibt es kaum und mit den kargen Böden des Hochlandes geben sich nur die Kartoffel

und einige zähe Getreidesorten zufrieden. Oft sind es Kinder, vom Wetter gezeichnete Rotznasen, die morgens im eisigen Anden-Nebel die Früchte dem Boden abtrotzen und unter der stechenden Mittagssonne mit der Ernte in die Lehmhütten mit den Dächern aus blauer Plastikfolie verschwinden. 80 Prozent der Häuser sind ohne Strom. Die in den Wasserkraftwerken gewonnene Elektrizität wird per Hochspannung, teils über ihre Köpfe hinweg, größtenteils nach Lima geleitet.

Auf Hilfe von außen hofft hier trotz des Elends niemand. Zu düster sind die Erfahrungen der Vergangenheit: Bis 1999 flossen jährlich gerade einmal 0,6 Prozent der Investitionen, die in Lima vom Parlament genehmigt wurden, in die Region Ayacucho. Außenstehende wundert es deshalb wenig, dass ausgerechnet hier, im vergessenen Hochland, der „Sendero Luminoso“, Perus schlagkräftigste Terrororganisation, ihre Heimat gefunden hat. Eher überrascht, wie lange die unglaubliche Leidensfähigkeit der indigenen Bevölkerung schon verhindert hatte, dass sich ein produktiver Hass angesichts der Zustände schon früher Bahn brach.

Quezada kennt das Leiden der Bevölkerung. Nur ändern kann er daran auch in seiner neuen Position kaum etwas: Ihm wie auch all seinen Amtskollegen fehlen Geld und Kompetenzen. Zwar hat Lima den Regionalregierungen 17 Prozent der Staatseinnahmen und das Recht in Aussicht gestellt, eigene Steuern zu erheben: Insgesamt 9.598 Millionen Soles (2.742 Millionen US-Dollar) sollen die 25 Regionalregierungen erhalten. Doch die Zusage hat ihre Tücken: Der größte Teil der Einnahmen steht nur auf dem Papier. So sollen 1.426 Millionen Soles durch Privatisierungen von Staatsbetrieben in die Kassen gespült werden. Mindestens drei Viertel der Projekte sind aber heftig umstritten, viele der Regionalregierungen von ihren Wählern mit dem ausdrücklichen Auftrag in ihr Amt gewählt worden, diese Umwandlung der Besitzverhältnisse zu verhindern. Von der geplanten Übertragung der Häfen an die Regionalregierungen wiederum wird Ayacucho nicht profitieren, weil es einen solchen in der Andenregion schlichtweg nicht gibt. Steuern aus den zahlreichen Minen, die in und um Ayacucho betrieben werden, werden hingegen weiterhin auf den Konten der Zentralregierung landen.

Kein Wunder also, dass Quezada auf die finanzielle Autonomie der Regionen pocht. Echte Dezentralisierung, mehr Autonomie und Geld für Regionen und Kommunen seien dafür notwendig. Er berichtet von einer 170.000-Dollar-Brücke in den Bergen, die nach einer Woche von den Fluten wieder fortgespült wurde. „Mit dem Geld, das da durch Schlamperei und Korruption verprasst wurde, hätten wir zwei gebaut“, wettet Quezada. „Die Menschen müssen lernen, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen.“

Für Miriam Pastor gibt es da nicht viel zu lernen, hat sie das doch ihr Leben lang gemusst. Ob sich für sie durch die Regionalisierung etwas ver-

ändert? „Das weiß ich nicht, ich verstehe nicht viel davon. Wenn es uns hilft, von Lima unabhängig zu werden, dann bin ich dafür. Aber wir werden abwarten, ob die Regierung uns im Kampf gegen Lima beisteht. Es ist so wichtig, dass Nelson frei kommt.“

11. Der Experte: „Macht Dezentralisierung satt?“

In einem der Bücher, die ich vor meiner Abreise nach Peru gelesen hatte, um nicht allzu blauäugig auf die Wirklichkeit zu treffen, ist ein Satz dick unterstrichen: „Eine schlechte Dezentralisierung ist schlimmer als gar keine.“

Efraín Gonzales de Olarte, Volkswirt der Katholischen Universität von Lima und überzeugter Regionalist, hat das geschrieben. Nachdem ich 9.983 Kilometer durchs Land geflogen und im Bus über Schlaglochpisten gerumpelt bin (Reisen sind die Geburtshelfer der Gedanken, hatte ich irgendwo gelesen) und noch immer einen Haufen unbeantworteter Fragen im Gepäck mit mir herumschleppe, treffe ich den Professor am Rande einer Tagung von Ökonomen und Soziologen, die sich in Lima mit den „Herausforderungen und Perspektiven Perus zwei Jahre nach dem Übergang zur Demokratie“ beschäftigen.

Die Experten haben sich offensichtlich vorgenommen, optimistisch in die Zukunft ihres Landes zu blicken. Sie diagnostizieren leichte Anzeichen für eine Besserung beim „kranken Staat“: Das Wirtschaftswachstum war im Jahr 2002 höher als irgendwo sonst in Lateinamerika, die Inflation liegt unter zwei Prozent, die Handelsbilanz ist positiv und „die so lang erwartete Dezentralisierung Perus hat begonnen.“ Immerhin. Ein Moment des Durchatmens. Hoffnung. So muss es sein, wenn einem Krebspatienten mitgeteilt wird, dass die seinen Körper zersetzenden Metastasen jetzt langsamer wuchern.

Gonzales de Olarte hält die Zeit für gekommen, die nächsten Eingriffe vorzubereiten. Und – vielleicht noch wichtiger – keine unüberlegten Schritte zu tun. Würde das Skalpell jetzt falsch angesetzt, könnte das seiner Ansicht nach böse Auswirkungen auf die Gesundheit des Patienten haben. Olarte verpackt seine Warnungen in Frageform: „Ist es sinnvoll, Aufgaben wie Gesundheit, Erziehung und öffentliche Sicherheit den Städten und Gemeinden zu übertragen? Würden die Kommunen mit dem gleichen Geld einen besseren Unterricht anbieten können als der Zentralstaat? Macht es wirklich einen Unterschied für die Bevölkerung, ob die Kommunen oder der Zentralstaat die Lehrer bezahlt?“ Nie käme Olarte über die Lippen, dass die Lokalverwaltungen mit der Erfüllung all dieser Aufgaben heillos überfordert wären. Ein Aufschrei ehrpusseliger Lokalfürsten und eine Menge Ärger wären ihm sicher.

Also sagt er lieber, wo aus seiner Sicht die Stärke der Regionen und Kommunen liegt: „Die Menschen vor Ort wissen am besten, was sie brauchen: Seien es nun Straßen, Kraftwerke oder Krankenhäuser. Um dieses Potenzial wirksam zu nutzen, müssen wir die Verantwortung für öffentliche Investitionen auf die Regionen verlagern. Hier liegt der Schlüssel für den Erfolg der Reformen. Die bislang rein administrativ-politische Dezentralisierung bekäme dann ein ökonomisches Fundament.“

Seiner Analyse zufolge sind bei der Investitionspolitik in der Vergangenheit die gravierendsten Fehler begangen worden: Statt verarbeitende Industrie, Landwirtschaft und Dienstleistungen zu fördern, habe der Zentralstaat das Geld fälschlicherweise immer wieder in den Bergbau gelenkt, mit dem sich erfahrungsgemäß jedoch nur sehr kurzfristige Beschäftigungseffekte erzielen ließen. An den armen Schichten der Bevölkerung sei der Wirtschaftsboom deshalb quasi gänzlich vorbeigegangen.

In der schönen neuen dezentralisierten Welt Perus hingegen, so seine Hoffnung, stieße wie bei Dominosteinen ein Erfolg den nächsten an: Öffentliche Investitionen locken private Investoren. Private Investoren füllen den Kommunen die Gemeindekassen. Und die Kommunen könnten wieder neue Bauprojekte starten. Aussichten auf eine goldene Zukunft: Alternative Wachstumspole entstehen. Limas magnetischer Einfluss auf die Randzonen schwindet. Die Provinz boomt, Peru blüht auf.

Was aber, wenn die Anziehungskräfte des Zentrums sich trotz aller Anstrengungen in der Provinz als übermächtig erweisen? Im Amazonasdorf Pozuzo hatte ich ein privates österreichisches Entwicklungshilfeprojekt besucht, mit dessen Unterstützung für Hunderttausende von Euro ein Krankenhaus für die 1.500 Einwohner gebaut und Geräte angeschafft worden waren. Eine Investition wie Olarte sie sich wünscht. Hightech im Urwald. Ein Hoffnungsschimmer. Allerdings stellte sich in Pozuzo unglückseligerweise nach kurzer Zeit heraus, dass viele der Ärzte und Krankenschwestern nach ihren Fortbildungen an den neuen Geräten sich über die Anden davon gemacht hatten, um mit ihren neu erworbenen Qualifikationen in Lima ihr Glück zu versuchen.

Olarte hört das Beispiel und wundert sich nicht: „Selbst Unternehmer handeln doch heutzutage in Peru nach diesem Muster“, stellt er nüchtern fest. „Es gibt viele, die in den Regionen mit einer Geschäftsidee zu Geld kommen und dann nach Lima gehen, um dort noch mehr zu verdienen und das Leben zu genießen. So funktioniert unsere peruanische Gesellschaft eben heute noch. Die Regionen werden missachtet.“ Trotzdem verspricht der Ökonom Zuversicht: „Erfolge ziehen Erfolge an. Wenn wir mit einer klugen Investitionspolitik eine Eigendynamik erzielen, wie ich sie mir vorstelle, dann wird es irgendwann auch in den Köpfen der Menschen ‚klick‘ machen.“ „Klick“: Es lohnt sich, in der Provinz zu bleiben.

Aber ist Staatspräsident Toledo noch der Mann, der eine solche Dynamik und Aufbruchsstimmung verkörpert? Agiert der Regierungschef nicht zunehmend wie ein Zauberlehrling, der die Besen zum Tanzen gebracht hat und ihrer nun nicht mehr Herr wird, frage ich angesichts meiner Erlebnisse in Ayacucho. Für Olarte eine fruchtlose Frage: „Wir haben doch keinen anderen.“ Sein stärkster Gegenspieler, Alan Garcia, habe schon von 1985 bis 1990 während seiner Amtszeit als Staatspräsident bewiesen, dass er es nicht könne. Und wirklich fähige Politiker wie Limas ehemaliger Bürgermeister Alberto Andrade seien, als Repräsentanten der verhassten Hauptstadt, bei weiten Teilen des Volkes einfach nicht populär genug.

Die einzige personelle Alternative mit realen Chancen auf eine gewisse Zustimmung im Volk heiße: Alberto Fujimori. Dessen Rückkehr aber könne niemand ernsthaft wünschen. Schon damit das Vertrauen in die Stabilität der Demokratie nicht verloren gehe, sei es deshalb notwendig, dass Toledo und sein Kabinett bis 2006 weiter regierten.

Und das Desinteresse der Peruaner an der Dezentralisierung, könnte das langfristig zu einem Problem werden? Olarte fällt eine Umfrage zu diesem Thema ein, die unlängst das „Institut für peruanische Studien“ veröffentlicht hat. Demnach vertritt die große Mehrheit der Peruaner die Ansicht, dass eine solche Regierung besonders dezentralisierungsfreundlich handelt, die den Bau von Infrastruktur in den unterschiedlichen Gebieten des Landes fördert. „Im Gegensatz zu den Intellektuellen und Politikern, die bei dem Stichwort Dezentralisierung vor allem an die Verteilung von Macht, Posten und Kompetenzen denken, verstehen die Armen darunter also ganz handfeste Dinge wie Brücken, Straßen und Schulen.“

Wer das weiß, den wundert dann nicht mehr, dass die Regierungszeit von Alberto Fujimori – allen Fakten widersprechend – im Volk als Ära gilt, die den Regionen so viel Segen gebracht hat, wie keine andere jemals zuvor. Und den wundert auch nicht, dass 30 Prozent der peruanischen Bevölkerung sich die Rückkehr des korrupten Ex-Präsidenten wünschen. Und den wird auch wenig überraschen, dass in den Straßen Limas immer öfter Wandzettel mit dem Porträt des weltweit Gesuchten geklebt werden, unter denen der siegesgewisse Slogan prangt: „Alberto Fujimori 2006 – Nichts hält uns auf!“ Eine erschreckende Vorstellung für alle Demokraten.

Für Olarte steht deshalb fest: „Wir wissen viel zu wenig darüber, was die Peruaner von einer Dezentralisierung wirklich erwarten.“ Es sei eben nur eine Minderheit der Ober- und Mittelschicht, die sich dafür interessiere, dass die Dezentralisierung den Bürgern mehr Mitsprache in ihren Städten und Gemeinden bringe. Für die Mehrheit der Peruaner stelle sich hingegen nur die Frage: „Werde ich von der Dezentralisierung satt?“